

Wussten Sie, dass....

... der/die durchschnittliche Österreicher/in jährlich 162 Liter Kaffee trinkt und Österreich damit zu den größten Kaffeekonsumenten weltweit gehört?

... 100 Millionen Menschen auf der Welt vom Kaffeeanbau leben und Kaffee somit der größte „Arbeitgeber“ im Agrarbereich ist?

... der globale Kaffeehandel von sieben großen Einkaufsgesellschaften dominiert wird?

... die vier größten Kaffeekonzerne (*Kraft, Nestlé, Procter&Gamble, Sara Lee*) rund die Hälfte des weltweit verfügbaren Kaffees verkaufen?

Weltweit engagieren sich bereits über 760 Gemeinden in 18 verschiedenen Ländern für Fairtrade. In Österreich setzen 41 *Fairtrade*-Gemeinden und zwei Wiener Bezirke ein Zeichen für den Fairen Handel:

Niederösterreich: Amstetten, Baden, Bad Erlach, Breitenfurt, Gablitz, Lichtenegg, Mönichkirchen, Payerbach, Perchtoldsdorf, Poysdorf, Purgstall, Rabenstein an der Pielach, Retz, Scheibbs, St. Leonhard am Forst, St. Valentin, Ulrichskirchen-Schleinbach, Unterstinkenbrunn, Waidhofen an der Ybbs, Warth, Wiener Neustadt

Oberösterreich: Enns, Hartkirchen, Losenstein, Molln, Rainbach, Steinbach bei Steyr

Steiermark: Altaussee, Bad Aussee, Bad Mitterndorf, Feldbach, Fürstenfeld, Gleisdorf, Grundsee, Lieboch, Liezen, Mürzzuschlag, Ottendorf, Pichl Kainisch, Tauplitz, Weiz

Wien: Josefstadt, Wieden

Wie Gemeinden beim Einkauf soziale Kriterien berücksichtigen können, darüber informiert seit zwei Jahren die österreichische Initiative *SO:FAIR*. Sie wird von den Organisationen *FAIRTRADE, Südwind, Klimabündnis, ifz, prove, ÖkoKauf Wien* und der *Clean Clothes Kampagne* getragen. Nun weitet *SO:FAIR* ihr Beratungsangebot von der Beschaffung von fairen Lebensmitteln und Arbeitsbekleidung, die unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde, auch auf die sozial faire Beschaffung von Steinen aus. „*Steuergelder dürfen nicht für die Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern verwendet werden*“, ist *Elisabeth Schinzel*, Leiterin für sozial faire Beschaffung bei *Südwind* überzeugt. „*Vor allem öffentliche Einrichtungen müssen mit positivem Beispiel voran gehen und fair gehandelte Produkte beschaffen!*“, meinte sie abschließend.

Elektronische Presseausendung von *Südwind* vom 6. Mai 2010 (bearbeitet)

Bedenklich!

Liberalisierungsforderungen sind bedenklich. Sie laufen auf eine Aushöhlung der Entwicklungspolitik der Europäischen Union gegenüber Afrika hinaus.

Beim EU-Afrika-Gipfel am 29. und 30. November 2010 in Tripolis standen die Forderungen der Europäischen Union nach einer Öffnung der afrikanischen Märkte im Zentrum der Gespräche, durch die auch Migration und Entwicklungspolitik thematisiert wurden. „*Die Forderung nach der Öffnung der Märkte in Afrika für die Export-Produkte aus der Europäischen Union ist aus entwicklungspolitischer Sicht kontraproduktiv*“, betont *Petra Bayr*, SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Bereichssprecherin für Globale Entwicklung, gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Vernünftige und effektive Entwicklungspolitik muss darauf abzielen, in den Entwicklungsländern eine eigenständige Nahrungsmittel- und Warenproduktion zu etablieren. Stattdessen wollen die Industrienationen mehr in diese Länder exportieren und im Gegenzug deren Rohstoffe abziehen.

„*Wir dürfen unsere Macht als reicher Norden nicht missbrauchen, um wirtschaftlich von uns abhängige Staaten zu erpressen.*“ *Bayr* spielt damit auf die Forderungen seitens der Europäischen Union an, die afrikanischen Staaten sollten ihre Märkte öffnen beziehungsweise liberalisieren, während die Produkte der EU-Staaten durch die EU-Agrarsubventionen noch beträchtlich gestützt würden.

„*Es ist absolut unseriös, selbst im Schutze staatlicher Unterstützung zu stehen und eine solche den Verhandlungspartnern in Afrika nicht zuzugestehen zu wollen*“, brachte *Bayr* das Verhalten der EU empört auf seinen Begriff.

„*Die Economic Partnership Agreements wurden ursprünglich als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit ins Leben gerufen, aber nach den aktuellen Vorstellungen der EU würden diese Abkommen vernichten, was sie aufzubauen vorgeben, nämlich selbstständige und wirtschaftlich starke Länder im Süden. Gegen diese Aushöhlung der Entwicklungspolitik müssen alle vernünftigen Kräfte aufs Schärfste protestieren*“, kritisierte *Petra Bayr* abschließend.

Elektronische Presseausendungen der Sozialistischen Korrespondenz vom 29. November 2010 (bearbeitet)